



Die Staatssekretärin

DRK Kreisverband Neubrandenburg e.V. Selbsthilfekontaktstelle Herrn Axel Schröder Robert-Blum-Str. 34 17033 Neubrandenburg

Schwerin, 13. April 2023

## Informelle Pflege, Ihr Schreiben vom 19. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Schröder,

Frau Ministerin dankt Ihnen für Ihr o. g. Schreiben. Diese hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Dieser Bitte komme ich gern nach.

In Ihrem Schreiben haben Sie einen Vorschlag unterbreitet, wie die Situation von pflegenden Zu- und Angehörigen in häuslichen Pflegesettings zu verbessern wäre. Dabei streben Sie an, die pflegenden Zu- und Angehörigen in einem Angestelltenverhältnis bei der Stadt Neubrandenburg zu beschäftigen. Sie beziehen sich dabei auf Modellversuche in Österreich und der Schweiz.

Zuerst möchte ich mich bei Ihnen für die interessanten Anregungen bedanken. Die mir zur Verfügung gestellten Unterlagen habe ich mit großem Interesse gelesen. Lassen Sie mich dazu ein paar Gedanken äußern.

Sie sprechen mit Ihrem Anliegen, die Situation pflegender Zu- und Angehöriger verbessern zu wollen, ein Thema an, was der Ministerin und mir ebenfalls sehr am Herzen liegt. Auch in unserem Bundesland wird die Mehrheit pflegebedürftiger Menschen nicht durch professionell Pflegende betreut, sondern durch ihre Zu- und Angehörigen. Diese leisten jeden Tag an sieben Tagen der Woche einen enormen Beitrag zur pflegerischen Versorgung. Dennoch werden sie leider noch allzu oft nur am Rande von gesellschaftlichen Debatten gewürdigt und wertgeschätzt.

Mit dem Thema der häuslichen Pflege setzte sich zuletzt auch der DAK Pflegereport auseinander. Hier wurde anhand der DAK-Routinedaten deutlich:

 Fast vier von fünf Pflegebedürftigen wurden 2019 zu Hause gepflegt und zwar überwiegend selbstorganisiert ohne Inanspruchnahme professioneller und ambulanter Pflegedienste.

E-Mail: poststelle@sm.mv-regierung.de Internet:www.mv-regierung.de/sm  Die selbstorganisierte Pflege findet vor allem bei Pflegebedürftigen mit niedrigem Pflegebedarf statt. Knapp 75 Prozent der selbstorgansierten Pflegebedürftigen verfügen über den Pflegegrad 1 oder 2.

 Ohne die selbstorgansierte Pflege ist die Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf nicht mehr zu gewährleisten. Daher muss die Pflege durch Zu- und Angehörige pflegepolitisch durch geeignete Maßnahmen gestützt werden.

Um die Situation pflegender Zu- und Angehöriger näher zu beleuchten und Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation zu machen, hatte die Bundesregierung bereits 2015 einen unabhängigen Beirat einberufen. Dieser hat 2019 einen ersten Bericht mit Handlungsempfehlungen vorgelegt. In einer extra eingerichteten Arbeitsgruppe beschäftigen sich Experten speziell mit Modellen zu Entgeltersatzleistungen und Freistellungen für erwerbstätige Pflegende. Dort sollen die in dem Bericht entwickelten Ansätze konkretisiert und die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Modelle analysiert und diskutiert werden. Am 1. Juli 2022 wurde der erste Teilbericht mit Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld überreicht.

Auf Bundesebene wird somit zuvörderst ein anderer Weg als der von Ihnen vorgeschlagene beschritten. Die Handlungsempfehlungen des Beirates sind zu begrüßen, weil sie einen realistischen Schritt in Richtung Wertschätzung und soziale Absicherung von pflegenden Zuund Angehörigen gehen. Für entsprechende gesetzliche Regelungen auf Bundesebene werde ich mich stark machen. Das gilt für Frau Ministerin Drese ebenso.

Gleichwohl sollten die von Ihnen angeregten Modelle aus anderen Ländern weiter beobachtet und Überlegungen angestellt werden, ob und ggf. wie solche Projekte auch in Deutschland etabliert werden könnten. Klar ist, dass es im deutschen Sozialversicherungssystem der Kranken- und Pflegeversicherung vielfältige Hürden zu überwinden gilt. Hinzu kommen arbeitsrechtliche Fragen, die beantwortet werden müssen.

Wie ich sicher verdeutlichen konnte, bestehen große Herausforderungen. Es ist für mich aber gleichwohl von Interesse, die Überlegungen und Erfahrungen, die in den Projekten gemacht wurden, einer notwendigen vorgelagerten fachpolitischen Debatte zuzuführen.

Für Ihren fachlichen Impuls bedanke ich mich auch im Namen von Frau Ministerin Drese nochmals ausdrücklich bei Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen